



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

γ.: Aus Schwaben.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

sich keiner weltlichen Sachen, die weltlichem Regiment und Obrigkeit zustehen weder in Stadt noch Land, im Rath oder daneben nicht beladen, sondern uns, nachdem uns christlich, löblich und Stadt und Land nützlich dünkt, regieren lassen.“

Solch schwachmüthige Verlängerung war freilich nur ein Zeugniß der vorübergehenden Einwirkung der Reaction. Zwingli's Gedächtniß lebte fort in der festgegründeten Treue gegen die Reformation, die immer inniger mit dem öffentlichen und häuslichen Leben verwuchs, in der Aufrechthaltung der Sittengesetze, in dem Verbot des Reiselaufens. Eine unparteiische Würdigung seiner ganzen Wirksamkeit war erst einer späteren Zeit vorbehalten. Wir können Möriker's Buch nur mit dem Eindruck aus der Hand legen, daß sein Schlußurtheil über Zwingli, namentlich der durchgeführte Vergleich mit Luther, zutreffend und wohl bemessen ist. Es verleugnet sich nicht die Vorliebe für den Helden des eigenen Volksstamms, aber es sind freimüthig wie die Vorzüge, so auch die Mängel an's Licht gesetzt. Und wenn der Verfasser willig die gewaltig überragende Größe des deutschen Reformators anerkennt, so erfreut man sich in seiner fleißigen Erzählung gerne auch derjenigen Züge, welche uns wiederum den schweizerischen Mitstreiter besonders Werth machen. Schließlich bleibt es doch ein unschätzbarer Segen, daß sich das Werk der Reformation an eine Anzahl von Männern verschiedener Gaben vertheilt, so daß der neue Glaube von Anfang an eine Mannigfaltigkeit verschiedener Richtungen in seinem Schoße dulden mußte, gegen welche die Liebe und der Haß und das Aufgebot allen Scharfsinns nichts vermochte. Und an diesen Ursprung müssen immer wieder diejenigen erinnert werden, welche, sei es in einer der Reformationskirchen oder auch in ihrer Gesammtheit, jene künstliche Einheit vermiffen oder herzustellen beflissen sind, die das Zeichen der römischen Kirche ist.

L.

Aus Schwaben.

Anfang November.

Es ist zu vermuthen, daß die Bilder aus der deutschen Kleinstaaterci, mit welchen der streitbare Abgeordnete für Wiesbaden soeben unsere politische Literatur bereichert hat, nicht wenig Staub in unserm Land aufwerfen werden. Vorausgesetzt, daß man es nicht vorzieht, in den Mantel selbstbewährter Tugend gehüllt sie zu ignoriren, was aber schon darum nicht zu besorgen ist, weil der zweite Band dieses Bilderbuchs keinem geringeren

gewidmet ist als Herrn Carl Mayer selbst, und man doch von dem Abgeordneten von Vestigheim, der bekanntlich nicht weniger schreibselig als redselig, erwarten kann, daß er mindestens seinen Dank für besagte Widmung der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten wird.

Nicht Jedermann kann es ertragen, wenn das Ernsthafte zuweilen auch in das Gewand des Humors und mehr oder minder harmlosen Spottes sich kleidet. Strenge Moralisten rümpfen die Nase und klagen über die Verletzung von Takt und Würde. Nun will man die Erfahrung gemacht haben, daß jene strengen Moralisten in der Regel diejenigen sind, welche die Zielscheibe solchen Humors geworden und beim besten Bemühen nicht in der Lage sind, mit gleicher Waffe in dem Kampfe zu glänzen. Man wird nicht irren, wenn man aus dieser in der menschlichen Natur liegenden Schwäche die ausnehmende Berücksichtigung herleitet, welche seit lange gerade dem Abgeordneten von Wiesbaden die feindliche Presse angedeihen läßt. Die doppelte Rüstung des geschriebenen und des gesprochenen Wortes, die doppelte Waffe von Ernst und Scherz macht ihn jener speciellen Aufmerksamkeit überaus würdig, und es ist nur erfreulich, daß derselbe immer wieder redlich erwiedert wird durch neue Salven sichertreffender Geschosse.

Diesmal nun hat sich ein wahres Kenienwetter über dem kleinstaatlichen Particularismus entladen. Leichen und Trümmer bedecken das Schlachtfeld. Die verschiedenen Repräsentanten des Zwergstaatenthums liegen nicht minder gründlich am Boden, als damals die Helden des Zwergliteratenthums durch die Weimar'schen Olympier niedergestreckt wurden. Manches nun, wie das Kleinfürstenthum in des Verfassers eigener Heimath gehörte bereits den gerichteten Dingen an und forderte gleichsam nur noch einen geschichtlich retrospectiven Humor heraus. Aber es war für den Verfasser noch Stoff genug vorhanden, der aus der lebendigen Gegenwart geschöpft ist und für den darum mit Recht die Pfeile noch schärfer gespißt wurden. Dahin gehört vor Allem der annoch kräftig blühende Particularismus an den Gewässern des Nesenbach.

Zu welchen Antipenien nun der letztere seinen Geist aufstacheln wird, um das theilnehmende Mitgefühl des Publicums zu gewinnen, bleibt abzuwarten. Eines wird aber auch der Gegner, wosfern er billig ist, nicht in Abrede ziehen wollen, das ist die vertraute Kenntniß von Personen und Dingen in Schwaben, die der Verfasser entwickelt, eine Kenntniß, die sich bis zu intimsten Charaktereigenthümlichkeiten des Stammes erstreckt, wie sie nur einem besonderen Scharfblick sich enthüllen. Wer sich die Portraits der 17 schwäbischen Zollparlamentsabgeordneten betrachtet, der wird sich zwar nicht wundern, wie sie den Geschilderten selbst nicht schmeichelhaft dünken, wobei dann doch ein jeder sich heimlich sagen wird, daß die der andern 16 aller-

dings nicht übel getroffen seien, aber er wird sich wundern, wie ein Norddeutscher — Norddeutschland fängt für den Schwaben im Grund gleich außerhalb Heilbronn und Mergentheim an — so viel Fleiß und Studium an diese Charakterköpfe verwandt hat, die ihn fast einer verlorenen Neigung für eben diese Schwaben verdächtig machen könnten.

Aufrichtig gesagt, so scharf die Zeichnung ausgefallen ist, so sind doch im Ganzen unsere schwäbischen Zustände und Personen eher noch mit allzugroßer Milde als mit allzugroßer Schärfe behandelt. Wenn z. B. das schwäbische Zollparlamentsmitglied für Bopfingen schon nach einigen Wochen in sein heimliches Tagebuch Bemerkungen einträgt, welche ihm die Bewunderung für großartige Entwicklung und riesige Betriebsamkeit der Norddeutschen Bundeshauptstadt, oder die aufdämmernde Erkenntniß der heimischen Schwächen abgenöthigt hat, so gehört das offenbar in das Capitel der poetischen Lizenz, für welche tausend Jahre sind wie Ein Tag. Der Xenien-dichter verlegte — und das ist ein Recht des Dichters — in die rasch belehrbare Seele eines harmlosen Individuums, was in Wahrheit nur das Product eines Processes von vielen Jahren und Jahrhunderten sein wird. Und so hat denn auch der Dichter kühn über die Schranken der Zeit sich hinweggeschwungen, wenn er in der Epistel an die Dame dieser zuversichtlich erklärt, er werde das nächste Mal die Ehre haben, „ihr statt der Herren Varnbüler und Consorten die Herren Landtagspräsident Weber, Prof. Römer, Gustav Müller, Prof. Reyscher, Dr. D. Eben u. s. w. als Zollparlamentsabgeordnete vorzustellen.“ So weit sind wir noch lange nicht. Viel schlimmer stehen die Dinge. Der letzte Zollparlamentsabgeordnete, den das schwäbische Volk gewählt, geht eigener Erklärung zufolge nach Berlin, um mit seinen Genossen das Einigungswerk wenigstens zu „verpuschen“, und der letzte Landtagsabgeordnete, der gewählt ist, interpretirte seinen Wählern den Satz: „Lieber französisch als preussisch.“ So stehen wir in Wirklichkeit. Noch heute sind wir genau auf demselben Punkt wie im März 1868, als die Wahlbewegung für das Zollparlament dem schwäbischen Namen eine so wenig schmeichelhafte Berühmtheit verschaffte.

Wie das nur möglich ist? Wie es kommt, daß Schwaben, „die Heimath der Schiller, Kepler, Hegel, Strauß, Auerbach“, wie der Verfasser des Kleinstaatenbilderbuchs nicht verfehlt mehrmals neidlos anzumerken, heute eigentlich, was politische Bildung betrifft, nur noch mit Einem Stamm deutscher Nation zu vergleichen ist, nämlich mit den Eingeborenen von Ober- und Niederbayern, aus welcher Provinz allerdings eine stattliche Reihe großer Männer erwachsen ist, wie wenigstens derjenige leicht sich überzeugt, der durch die Denkmalgepflasterten Straßen von Isar-Athen wandelt?

Weder eine tadelnswerthe Rässigkeit der nationalen Partei, noch eine

auffallende Geschicklichkeit und Rührigkeit von der antinationalen Seite wird man dafür verantwortlich machen dürfen. Denn diesen Agitationen der Parteien ist doch nur ein verhältnißmäßig kleiner Bruchtheil der Bevölkerung zugänglich. Die Menge gehorcht dem Gesetz der Schwere, und so liegt denn der Grund vielmehr in der natürlichen Trägheit der großen Masse, die durch keine äußeren Ereignisse zu Entschluß und Selbstbestimmung genöthigt, es am bequemsten findet, sich an die Situation zu halten, wie sie bei dem letzten entscheidenden Zusammenstoß der Parteien — und das waren eben die Zollparlamentswahlen — sich gestaltet hat. Damals hat das jetzt lebende Geschlecht seine politische Stellung genommen, und dabei wird es zunächst bleiben. Der Schwabe wäre mit Unrecht um seines harten Kopfes willen berühmt, wenn schon nach einer Frist von ein oder zwei Jahren, ohne daß ein großer Anstoß von außen seinen Gleichmuth erschütterte, eine erhebliche Aenderung seines Sinnes zu constatiren wäre. Das läßt er sich schon gar nicht nachsagen. Er hat damals im Frühjahr 1868 die Sache gründlich genommen, und jetzt bleibt's dabei.

Was seitdem an politischer Action im eigenen Lande sich abspielte, trug zu sehr den Charakter der Halbheit und Zweideutigkeit, um die Situation zu verändern. Man mußte niemals recht, wie man daran war; heute blies der Wind ein wenig von dieser, morgen ein wenig von jener Seite, daraus war nicht klug zu werden, und wie der Mühler'sche Student, um dem verwirrenden Anblick der tanzenden Häuser und des schiefgezogenen Mondgesichts zu entgehen, sich kurz zu dem Entschluß resolvirt: „Da geh ich lieber in's Wirthshaus zurück“, so glaubte das schwäbische Volk, beirrt durch die rasch wechselnden Nüancen der officiellen Politik, jedesmal am sichersten zu gehen, wenn es zurückkehrte zu jener klaren Formulirung der Parteigegegensätze, die ihm am tiefsten in's Gedächtniß geprägt war. Damals hatte es geheißt: „Es darf kein Preuße gewählt werden“; das war verständlich. Damals hatte das Volk gesehen, wie die Regierung mit den Männern der Demokratie einträchtig Arm in Arm wandelte, so daß man im Zweifel sein konnte, wo denn eigentlich der Sitz der Regierung sich befände, in den Ministerien oder im Redactionslocal des „Beobachters“. Das hatte ja auch der zugleich höchst unterwürfigen und auf ihren eingebildeten Freiheitsfuss nicht wenig stolzen Eigenart dieses Volksstammes unendlich geschmeichelt, daß man jetzt zugleich höchst loyal und zugleich ein feuriger Bewunderer des „Beobachters“ sein konnte. War doch selbst der Hof nahe daran, eine Hauptstütze in dem einst so gefürchteten Blatte zu finden, das jetzt die Güte des Königs und die Schönheit der Königin so beweglich zu preisen mußte. Der Revisor und der Registrator brauchten das gefährliche Blatt, an dem sie sich bisher heimlich ergöht, nicht

mehr scheu zu verstecken, sie durften sich sogar den kitzelnden Genuß erlauben, selbst dahin zu correspondiren oder des Abends im Wirthshaus mit den daraus entlehnten Phrasen öffentlich hervorzuthun. Sie konnten sicher sein, damit nicht mehr sich mißliebzig zu machen, sondern im Gegentheil steigende Gunst bei ihren Oberen zu erwerben. Und andererseits hatte es auch den ländlichen Demokraten nicht wenig geschmeichelt, mit den hohen Herren, die jetzt so herablassend mit den Republikanern verkehrten, in einem und demselben Chaischen die Wahlorte zu bereisen. Ja geradezu ein festliches Gefühl mußte den Demokraten beschleichen, wenn ihm die Ehre vergönnt war, ohne vom „Beobachter“ abgestraft zu werden, für die Herren Mittnacht und Varnbüler und den „treuen Neurath“ ins Feuer zu gehen.

Die Regierung blieb damit einfach in der Rolle, die sie im Frühjahr 1866 gespielt hatte, als es galt, das ganze Land zu heiligem Kriegseifer gegen das barbarische Volk der Preußen zu entzünden. Alle Mittel, welche eine Regierung in der Hand hat, waren damals aufgeboten, die officielle Presse ausnahmsweise mit fähigen Köpfen besetzt worden, um die öffentliche Meinung des Landes in die wünschenswerthe Verfassung und Temperatur zu bringen. Als ob inzwischen nichts geschehen wäre, als ob der Krieg nicht rasch das demüthigende Ende genommen hätte und ein günstiger Friede nur durch das Gelöbniß treuer Allianz mit Preußen erkaufte worden wäre, baute nun die Regierung zwei Jahre darauf sorglos auf dem damals gelegten Grunde weiter. Als sie im Zollparlamentenkampf als Dritter im Bunde der Coalition der Radicalen und Ultramontanen beitrug, entschied sie die Stimmung der großen Masse des Landes, welche der stürmischen Werbung der Parteien weniger zugänglich ist, als jenem sanft wehenden Zephyr, der in den Ministerialgebäuden zubereitet und durch zahlreiche dienstwillige Organe weitergetragen wird. Diese Stimmung zu ändern hat aber die Regierung seither nichts gethan. Der „Staatsanzeiger“ blieb, seitdem er nicht mehr an den slavischen Horden der norddeutschen Tiefebene seine Wize üben durfte, stumm; es hätte der Regierung wiederholt nicht an der Gelegenheit einzulenken gefehlt, allein auch als es galt, den neuen Zollvereinsvertrag, den Allianzvertrag, die neue Militärverfassung durch eine widerstrebende Kammer durchzubringen, wurde — es ist fast unglaublich — nicht der mindeste Versuch gemacht, auf die öffentliche Meinung des Landes zu wirken; ja die kleine Presse, wie man im Vertrauen von Hof und Regierung wußte, hörte selbst in solchen Augenblicken nicht auf, gegen die „Preußen“ zu hehen, mit deren Hilfe man allein jene Verträge und Gesetze durchzubringen im Stande war. Die Regierung schien sich an der Verwirrung, in der sie das Land stürzte, ordentlich zu weiden, und die Wirkung all' ihrer Schwankungen war schließlich die, daß diejenigen, welche gewohnt waren, von dort

her ihre Inspirationen zu beziehen, darauf verzichteten, das Räthsel der Sphinx zu lösen und sich an diejenige Periode hielten, wo die Regierung, durch keine Rücksichten eingeschränkt, sich keinerlei Zwang auferlegt hatte.

Auch die Landtagswahlen brachten darin keine Aenderung. Wenn die Regierung jetzt genöthigt war, in erster Linie gegen die Demokratie Front zu machen, so war das langsamere und bedächtigere Volk nicht im Stande, diese Schwenkung mit derselben raschen Eleganz zu vollziehen, mit welcher Herr v. Arnbüler wenige Wochen nach seinem *Vae victis* den Bußgang nach Nicolöburg ausgeführt hatte. Ueberdies lag es auf der Hand, daß die Regierung, wenn sie jetzt die Polemik gegen die deutsche Partei einstellte und ihr sogar einen Schritt entgegenkam, dies nicht deswegen that, weil sie Reue empfand über ihre frühere Haltung, sondern einzig, um sich die starke demokratische Opposition auf dem eigenen Landtag fern zu halten. Wenn die deutsche Partei in manchen Wahlbezirken den Candidaten der Regierung unterstützte, that sie es nicht, um den Ministern ihr Vertrauen zu bezeugen, sondern weil ihr im Augenblick derjenige immerhin der schlimmere Feind schien, der die Verbindlichkeit der Verträge geradezu leugnete und auf die Abschaffung der neuen Wehrverfassung eingeschworen war. Selbstverständlich rechnete sie nirgend auf Dank und sie erfuhr ihn zum Glück auch nirgend. Unter den Organen der Regierung, die in unserem meistregierten Lande immer einen erheblichen Einfluß auf die politischen Wahlen ausgeübt hatten, riß jetzt Disciplinlosigkeit, ja völlige Anarchie ein. Sie blieben da, wo nicht ein Candidat der Regierung in Frage war, sondern die Volkspartei und die deutsche Partei sich das Feld streitig machten, ohne Instruction und mußten sich selbst helfen, die wahre Meinung ihrer Oberen zu errathen. Die Einen riethen so, die Anderen so, die Meisten aber glaubten am vorsichtigsten zu gehen, wenn sie sich an die alte Parole hielten und gegen die „Preußen“ waren. Noch bei dem jüngsten Wahlkampf im Bezirk Dehringen, wo die Candidaten der deutschen und der Volkspartei einander gegenüberstanden, flüsterte der Beobachter, ohne zurechtgewiesen zu werden, den Beamten in's Ohr, es scheine wohl, als ob die Regierung gegen die Wahl des Demokraten sei, allein es scheine nur so, die Beamten möchten sich dadurch nicht irre machen lassen, sie düstern vollkommen sicher sein, daß sie sich nicht im Gerin-
 -sten mißliebig machten, wenn sie im Gegentheil gegen die Wahl eines „Preußen“ agitirten. In der That, das sicherste war das jedenfalls, denn man hat nie gehört, daß ein Beamter sich dadurch, daß er die Preußen allzulebhaft bekämpfte, einen leisen Tadel aus dem Ministerhôtel zugezogen hätte. An Beispielen der entgegengesetzten Gattung aber hat es nicht gefehlt, besonders im Departement des Herrn v. Goltzer. Und es ist Thatsache, daß diese einflußreiche Bevölkerungsschle, die vor zwei Jahren vom „Beobachter“ in

Bausch und Bogen als preußisch denunciirt wurde, seitdem ungleich zurückhaltender mit dem Ausdruck ihrer politischen Ansichten — selbst im Privatleben — geworden ist. Sie hat gelernt, vorsichtiger zu sein. Nun erntet jetzt die Regierung selbst die Früchte dieses Einschüchterungssystems. Sie selbst trägt nun den Schaden, daß ihre Organe theils zurückhaltender, theils einflußloser geworden sind.

Es wäre für eine württembergische Regierung sehr leicht gewesen, sich, nachdem die vorläufige Stockung des nationalen Werks feststand, also vom Spätjahr 1867 an, in eine ähnliche Stellung zum Lande zu versetzen, wie das Ministerium Hohenlohe in Bayern unter weit ungünstigeren Verhältnissen sie einzunehmen wußte. Sie hätte es leicht gehabt, alle anständigen Elemente im Lande um sich zu sammeln und damit einen starken Wall gegen die südbündlerische Demokratie aufzuwerfen. Man hätte ihr gerne nachgesehen, was sie im Jahr 1866 gesündigt hatte, wenn sie nicht muthwilligerweise zwei Jahre darauf, zu einer Zeit da es die Versöhnung nach dem deutschen Krieg galt, die Schuld verdoppelt hätte. Die große Mehrheit des Landes hätte sie hinter sich gehabt und auf die deutsche Partei hätte sie ebenso zählen können, wie das bayrische Ministerium auf die dortige Fortschrittspartei.

Es ist lächerlich zu sagen, daß die deutsche Partei in Württemberg aus einem Haufen extremer Fanatiker bestehe. Man pflegt doch sonst den Nationalliberalen nicht diesen Vorwurf zu machen, und nur vor einer Versammlung, auf deren Unkenntniß er zählte, konnte Herr v. Mittnacht eine Schilderung entwerfen, wie er sie am 1. Mai 1868 vor dem Zollparlament zu entwickeln über sich brachte. Ihr Programm und ihre Zielpunkte wird freilich die deutsche Partei nicht verleugnen, aber sie wußte auch seit jenem Zeitpunkt, daß die Erreichung ihres Ziels nicht von einer Ueberrumplung auf dem Zollparlament, wie die geängsteten Gemüther meinten oder zu meinen vorgaben, sondern durch eine langsame Arbeit in den einzelnen süddeutschen Staaten zu erreichen sei, wobei es zunächst darauf ankomme, das bis jetzt Erreichte zu befestigen und die Meinung des Landes dafür zu gewinnen. Eine Regierung, die auch nur ein wenig weiter in die Zukunft sah, hätte sich mit diesem Standpunkt befreunden müssen, weil er allein der würdige war und weil er allein die Möglichkeit gewährte auch für die innere Entwicklung des Landes eine zuverlässige Basis zu gewinnen. Als eine willkommenen Brücke hatte ihr jenes sehr gemäßigt nationale Programm dienen können, zu welchem sich die „liberale“, d. h. die ministerielle Partei zu Stuttgart im April 1867 bekannte. Dieses Programm war freilich zur Zeit der Luxemburger Krisis aufgestellt worden, und es zeigte sich bald, daß die eigenen Urheber, sobald der damals auf sie geübte Druck schwand, sich beeilten das Programm zu verlassen. Eine sogenannte Mittelpartei mit selbst-

ständigen Grundsätzen hat sich — und dies ist zu bedauern — bei uns nie gebildet. Sie hätte dem Lande und der Regierung den Uebergang wesentlich erleichtern können, und die Elemente dazu waren unzweifelhaft vorhanden. Allein der größere Theil gab sich willenlos zu dem Material her, über welches die Regierung heute in diesem, morgen in jenem Sinne verfügt; die anderen, dieser Rolle überdrüssig, schlossen sich der deutschen Partei an. Hätte die Regierung sich ehrlich auf den Boden jenes Programms gestellt, das man am Ende auch den Herren v. Barmhüler und v. Mittnacht zumuthen konnte, so hätte sie sich eine Reihe von Demüthigungen erspart, so könnte sie sich auf eine zuverlässige Parteibildung stützen, so brauchte sie sich heute vor einer radicalen Landtagsmehrheit nicht zu fürchten.

Heute freilich ist es zu spät. Selbst wenn die Regierung einlenken wollte, sie könnte nicht mehr. Die Folgen ihrer früheren Haltung haben sich genau so entwickelt wie Jedermann voraussah, ausgenommen sie selbst. Heute ist ihre Macht verdunkelt von der Macht der Demokratie, welche sie selbst großgezogen. Indem sie vor zwei Jahren keinen Anstand nahm, sich der Demokratie zu bedienen, legitimirte sie dieselbe vor dem Volk, und der Diener ist dem Herrn von damals über den Kopf gewachsen. Das war die empfindliche Lehre, die der Regierung schon bei den Landtagswahlen zu Theil wurde, und sie scheint sich nun bei jeder Neuwahl zu wiederholen.

Manches ist seitdem dazu gekommen, was den Zwiespalt zwischen der Regierung und der Linken vergrößerte, und zwar nicht bloß mit der eigentlichen Volkspartei, sondern auch mit den sogenannten Großdeutschen — ein Begriff, der, beiläufig bemerkt, nur noch in Württemberg existirt und auch hier nicht eine bestimmte politische Richtung bezeichnet, sondern vielmehr ein Sammelname für alle möglichen sonderbaren Individualitäten und Nuancen ist, die nur im Haß gegen Preußen einig sind, aber zugleich die Dictatur des Herrn Mayer perhorresciren, und für die ein anderer Name sich bis jetzt nicht hat finden wollen. Das Haupt dieser Partei ist Probst, der ultramontane Demokrat oder demokratische Ultramontane, und sowohl die Präsidentenwahl bei welcher er durchfiel, als die Adreßdebatte, bei welcher er gleichfalls durchfiel, endlich das Verfassungsjubiläum im September d. J., bei welchem Probst — unbegreiflicherweise und gleichfalls vergeblich — der Volkspartei helfen wollte, die Verfassungsfeier in eine Mayerfeier zu verwandeln, dies Alles hat die intimen Beziehungen, welche sonst zwischen dieser Partei und der Regierung walteten, erheblich gelockert.

Allein die Regierung hat es mit dieser Partei verdorben, ohne sich einen andern Stützpunkt geschaffen zu haben. Nichts hat sie gethan, um die gemäßigten Kreise des Bürgerthums, welche, ohne kurzweg den Eintritt in den Nordbund zu verlangen, die Bündnisse mit Preußen aufrichtig pflegen

und erweitern wollen, für sich zu gewinnen. Wiederholter Warnungen ungeachtet, hat sie sich jede Möglichkeit durch eine solche würdige Haltung ihre Autorität zu kräftigen, selbst abgeschnitten. Was würde auch eine solche Schwenkung bei Männern bedeuten, die so manche Schwenkung hinter sich haben, und deren wahre Meinung hier wieder so unzweideutig zu Tage kam? Was unser Land jetzt bedürfte, wäre eine Verwaltung, ähnlich wie sie in Bayern besteht, die aufrichtig der Pflege der nationalen Beziehungen zugewandt und auf das freisinnige Bürgerthum gestützt der Volkspartei ebenso entgegenträte als die dortige Regierung den Ultramontanen. Aber eine solche Verwaltung könnte nicht Barnbüler-Mittnacht-Golther heißen.

Mit der Linken entzweit, unversöhnt mit der deutschen Partei, ohne Rückhalt an einer eigenen Partei, ohne Vertrauen im Lande — so tritt das Ministerium vor den nächsten Landtag.

7.

Das einheitliche Consistorium für den Regierungsbezirk Cassel.

Berlin, Anfang November.

Schon im vorigen Jahre stellte der K. Cultusminister an den Landtag das Ansuchen, ihm zur Errichtung eines einheitlichen Consistoriums für den Regierungsbezirk Cassel eine nicht unbedeutende Summe zu verwilligen. Bekanntlich verwarf aber die Kammer die Regierungsvorlage namentlich auf Betreiben der Mehrzahl der hessischen Abgeordneten und verlangte, der Cultusminister möge erst eine Synode für die hessischen Kirchengemeinschaften einberufen, dann werde sich weiter über die Angelegenheit reden lassen. Nun ist zwar die von den hessischen Deputirten herbeigewünschte Synode noch nicht einberufen, geschweige denn um ihre Meinung gefragt worden, auch dürfte die Stellung, welche die Königliche Verordnung der einzuberufenden Synode im Voraus angewiesen hat, wenigstens insofern nicht ganz den Voraussetzungen mancher Abgeordneten entsprechen, als die Synode nur eine begutachtende, beratende Stellung haben soll, während die Entscheidung dem Gutdünken der Regierung, d. h. hier dem Delegirten derselben, dem Cultusminister, überlassen bleibt. Aber die Regierung hat doch den Wünschen hessischer Abgeordneten entsprechend das Wahlgesetz für die Synode publicirt und danach die Wahlmänner der Synodaldeputirten wählen lassen und jetzt schon